Aber diese Frage ist von keiner ausschlaggebenden Wichtigkeit. Wenn wir uns mit Herrn Trotzki über die Modalitäten der Endabstimmung einigen können, könnten wir die Frage nach dem präsumptiven Charakter der bisherigen Abstimmung offen lassen. Er könnte seinen Standpunkt festhalten, wir den unsrigen. Am Endergebnis würde nichts geändert werden. Ich halte auch eine beschließende Versammlung auf breiter Basis für viel zweckmäßiger als das Referendum. Aber auch daran, glaube ich, werden die Verhandlungen nicht scheitern.

Die Schwierigkeit des Verhandelns.

Die Schwierigkeit der Verhandlungen liegt darin, daß sie stenographisch fixiert, ohne daß die Aufnahmen vom Redner durchgesehen werden können, und sofort in alle Welt gehen. Dazu kam die aufgeregte und krisenhafte Stimmung, welche sich in einem Teil der großstädtischen, besonders der Berliner Presse, Luft machte. Die Presse ist in unseren Tagen eine ungeheure Macht geworden. Der Tagesschriftsteller spricht täglich, der Staatsmann und der Parlamentarier nur von Zeit zu Zeit. Ich hoffe, daß die Presse sich dieser ungeheuren Verantwortung bewußt sein und sich klar machen wird, daß wir nicht für eine Partei oder eine Meinung stehen, sondern für das ganze Deutsche Reich.

Wir tragen das Banner des Deutschen Reiches und wer uns in den Rücken fällt, der gefährdet nationale Interessen. Kommen wir nach nach Hause, so stehen wir zur Verfügung. Fällt die Kritik gegen uns, so weiß die Regierung, was sie zu tun hat. Aber eine geschlossene Front dem feindlichen Ausland gegenüber ist eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg des diplomatischen Unterhändlers.

General Hoffmanns Eingreifen.

Ein Wort möchte ich der Vertretung der Obersten Heeresleitung bei der Friedensdelegation widmen. Bei den beiden letzten verhältnismäßig kurzen Kriegen, 1860 und 1870/71, brachten im Moment der Friedensverhandlungen die verantwortlichen militärischen Stellen den verantwortlichen Staatsmann und die Krone meistens an einem Ort, häufig sogar unter einem Dach in tägliche und stündliche Berührung. Der Friedensschluß war kurz und nur mit einem Gegner zu treffen. Bei der jetzigen Lage würde es ganz unmöglich sein, die Verhandlungen zu führen, ohne daß die Oberste Heeresleitung durch einen Bevollmächtigten vertreten ist, zumal sich politische und militärische Fragen in solcher Weise verknüpfen, daß unmöglich erst Verhandlungen mit der Obersten Heeresleitung geschaffen werden können. Ich möchte auch unbedingt daran festhalten, daß dem Vertrauensmann der Obersten Heeresleitung das Recht im Umfange, wie es eben jetzt auf Vortrag des Reichskanzlers durch Se. Majestät festgestellt worden ist, erhalten bleibt. General Hoffmann hat uns unendlich viele und wertvolle Dienste geleistet und mir und unseren Verbündeten gegenüber auch in politischer Beziehung die vollste Loyalität in einem einzigen Punkte vermissen lassen. Ich möchte unbedingt warm dafür eintreten, daß sich auch die Herren dieses hohen Hauses dahin aussprechen, daß an den bestehenden Anordnungen nichts geändert werden solle.

Ausblick in die Zukunft.

Wenn ich zum Schluß einen kurzen Ausblick in die Zukunft tun möchte, so ergibt sich, daß wir mit Finnland die Dinge soweit gefördert haben, daß ein Abschluß in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwarten steht. Auch mit der Ukraine möchte ich einen baldigen Friedensschluß für wahrscheinlich halten. Ob wir mit den Petersburger Bolschewisten bald zu einem Abschluß kommen, wird von dem Ernst des Friedenswillens der Trotzki- und Leninschen Regierung abhängen. An dem Ernst unseres Friedenswillens brauchen wir nicht zu zweifeln. Nach dem Friedensschluß mit der Ukraine dürfte Rumänien sich nicht lange gegen den Friedenswillen der Zentralmächte sperren können.

Unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn.

Unser Verhältnis zu Oesterreich-Ugarn ist der Grundstein und Eckpfeiler unserer ganzen Diplomatie. Oesterreich-Ungarn hat in den diplomatischen Kämpfen und in den Verhandlungen in vollkommen loyaler Weise auf unserer Seite gestanden und wird weiter vollkommen loyal auf unserer Seite stehen. Ich werde niemals die Hand dazu bieten, daß wir eine Politik machen, welche die enge, unverbrüchliche Waffenbrüderschaft, Kulturgemeinschaft und Herzensfreundschaft, die uns mit der österreichisch-ungarischen Monarchie verbindet, im geringsten lockert. Ich habe schon vorhin bei der Presse ausgeführt, was wir brauchen und worin wir Sie bitten müssen, dahin zu wirken, daß man im Ausland den Eindruck erhält, daß die Majorität unserer Volksvertreter geschlossen hinter der Politik steht, die der Herr Reichskanzler konsequent in Fortsetzung der ihm von seinen Vorgängern überkommenen Politik machte. Der Anfang der gestrigen Debatte wird nicht verfehlen, im Ausland viel von dem zu korrigieren und zu bessern, was die unerfreulichen Pressevorgänge geschadet und verdorben haben könnten.

Friedensaussicht mit der Ukraine und Finnland.

Es ist dies kein ungewöhnliches Bild. Wenn auch in viel geringerem Grade, war das auch 1870 in Frankreich der Fall. Nach der Pause trat neben der bolschewistischen Vertretung in Petersburg eine Vertretung der Zentralrada in Kiew in Brest-Litowsk auf. Die feierliche Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik hat noch nicht stattgefunden, sie ist unter Umständen im Abschluß des Friedens mit der Ukraine zu erblicken. Mit Finnland ist ein Friedensschluß in naher Aussicht.

Die Aussprache.

Als erster Redner nach Staatssekretär v. Kühlmann sprach Graf Westarp (kons.). Er führte u. a. aus: Der bessere Schutz unserer Grenzen werde durch eine Reihe kleiner, unabhängiger Staaten nicht gewährleistet. Die austro-polnische Lösung erfülle ihn mit schweren Bedenken. Gegen jedes künftige Polenreich müsse aus militärischer und wirtschaftlicher Sicherheit nicht verzichtet werden. Den Weg über das Selbstbestimmungsrecht halte die konservative Partei nicht für den geeigneten. Besondere Bedenken erregte die Oeffentlichkeit der Verhandlungen. Ein baldiger Friede auch mit Nordrußland sei gewiß erwünscht, dürfte aber deutsche Lebensnotwendigkeiten nicht gefährden. Er stimme dem Kanzler zu, daß das Bündnis mit Oesterreich Kernpunkt und Richtlinie unserer Politik sein müsse. Selbstverständlich müsse dies Verhältnis auf voller Gegenseitigkeit beruhen. Hinsichtlich des Westens stimme er dem Kanzler darin zu, daß die Reden Lloyd Georges und Wilsons keine geeignete Grundlage zu Friedensverhandlungen seien. Unser Interesse der Sicherung könne nur durch positive Einflußnahme auf das künftige Belgien gewahrt werden. Den Flamen müsse die gegebene Zusage gehalten werden. Besonders hinsichtlich der Entschädigungen müßten bei weiterer Verlängerung des Krieges die vom Kanzler in Aussicht gestellten Folgen für unsere Feinde eintreten.

Abgeordneter Freiherr v. Gamp (Reichspt.) erklärte: Polen, Kurland und Litauen können durch ihre jetzigen Vertreter entscheiden. Das hätten unsere Vertreter den Russen gegenüber scharf betonen müssen und ihnen in diesem Punkt nicht weiter entgegenkommen sollen. Unsere Regierung sollte sich die Behandlung seitens der Bolschewiki nicht weiter gefallen lassen. Preußen wird durch die Selbständigkeit Polens vom direkten Verkehr mit Rußland abgeschnitten. Die Ostprovinzen müssen entsprechend geschützt werden. Wir wollen das deutsch-österreichische Bündnis treu halten, aber Aeußerungen wie die gegen General Hoffmann und den Fürsten Bülow sollen in Oesterreich unterlassen werden. Wir können die eroberten Gebiete nicht zurückgeben, bevor nicht England die von ihm annektierten Länder und von ihm in Frankreich besetzten Gebiete zurückgegeben habe.

Abg. Liebknecht (unabh. Soz.): Die Reichsleitung scheint den Forderungen der Militärpartei nachgegeben zu haben. Die Rede des Grafen Czernin eröffnete die Möglichkeit von Friedensverhandlungen. Wilson, Clemenceau und Lloyd George müssen zuerst das Selbstbestimmungsrecht auch für die eigenen Völker verkünden. Die Vertretung des lettischen Volkes muß anders geschaffen werden, als es mit Hilfe des Oberbefehlshabers Ost geschehen ist. Die Schaffung des Königreichs Polen sei ein grober Fehler. Die Vaterlandspartei habe den Fürsten Bülow an die Stelle des Grafen Hertling setzen wollen. Das sei jetzt nicht mehr nötig; der Militarismus habe gesiegt und das Proletariat müsse auf der Grundlage der Versöhnung alle Völker den Frieden erzwingen. Abg. Seyda (P.): Der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker müsse auch für Polen gelten. Obwohl Polen von den Mittelmächten anerkannt sei, wird es bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht zugelassen, während die Ukraine vertreten sei. Das müsse Zweifel an der Aufrichtigkeit der deutschen Politik erwecken. Werde etwa eine vierte Teilung Polens beabsichtigt? Redner verlangte schließlich internationale Sicherheiten zum Schutze der völkischen Minderheit in Preußen.

Abg. Erzberger (Z.): Der Kaiser habe nicht allein über den Abschluß der Verträge zu entscheiden. Dazu sei die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erforderlich. Seit dem Juli 1917 habe sich die militärische Lage zu unseren Gunsten geändert. Die erwarteten politischen Folgen aber seien ausgeblieben. Die Friedensbewegung in Italien sei ins Stocken gekommen. Frieden ist nur auf dem Wege der Verständigung zu erreichen. Regierung und Reichstagsmehrheit wollten die Ostfrage regeln im Rahmen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Mit Annexionen würden wir keinen dauernden Frieden bekommen, wohl aber uns die Todfeindschaft der Polen zuziehen. Ueber die Lösung des polnischen Problems höre man nur ablehnende Kritik, aber keine positiven Vorschläge. Ein selbständiges Polen wäre die beste Lösung. Wollen sich aber die Polen an Oesterreich anschließen, wir haben nichts dagegen und auch kein Einspruchsrecht. Wir müssen uns dann durch entsprechende Verträge mit Oesterreich sichern. Die Rede des Grafen Czernin stehe mit der Rede des Kanzlers nicht im Widerspruch, sondern sie sei eine Weiterführung. Wenn es jetzt zu keinem Verständigungsfrieden komme, sei erneut bewiesen, daß die Entente die Schuld daran habe. — Hierauf wird die weitere Aussprache auf Sonnabend vertagt.

•

Die nächste Vollsitzung des Reichstages.

Der Aeltestenrat des Reichstages ist sich darin schlüssig geworden, die nächste Vollsitzung des Reichstages am 1. Februar stattfinden zu lassen. Die große politische Aussprache im Ausschuß soll heute Sonnabend zu Ende geführt werden. Dann tritt eine Unterbrechung auch in den Verhandlungen des Hauptausschusses ein.

•

Trotzki kehrt zurück.

Trotzki wird, wie „Prawda" meldet, unter allen Umständen am 27. Januar nach Brest-Litowsk zurückkehren.

Eine Petersburger Kampfansage gegen die Zentralrada.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Aufruf des Generalsekretariats des Volkes und der Republik der Ukraine an alle Ukrainer: Das Generalsekretariat der Zentralrada unterstützt Kaledin und alle Gegenrevolutionäre in ihrem Kampf gegen die Revolution der Arbeiter und Bauern, sät nationale Zwietracht zwischen die Ukraine und das russische Volk und stärkt das bürgerliche Beginnen in der Ukraine. Wir erklären im Namen des Volkes und der Republik der Ukraine, daß das Sekretariat der Zentralrada ein Feind des freien ukrainischen Volkes ist und fordern das gesamte Heer, sowie die Arbeiter und Bauern der Republik auf, gegen das bürgerliche Generalsekretariat der Zentralrada und gegen Kaledin zu kämpfen. Das Heer und die Regierung der Arbeiter und Bauern der geeinten Bundesrepublik wird mit uns gemeinsame Sache machen. Alle Bauern und Arbeiter, alle Bürger der Ukraine sollen das revolutionäre Heer, das Volkssekretariat und das der Volksbeauftragten dabei unterstützen.

König Albert über Belgiens Kriegsziele.

Der König der Belgier hat am 24. Dezember 1917 an den Papst eine Antwort auf dessen Botschaft über den Frieden vom 1. August 1917 gerichtet. In dem Schreiben, dessen Wortlaut erst jetzt veröffentlicht wird, stellt der König folgende Kriegsziele auf: Billige Genugtuung und Sicherheit und Garantien für die Zukunft, Unversehrtheit des mutterstaatlichen und kolonialen belgischen Gebietes und seines politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflusses ohne Bedingungen und ohne Beschränkungen, Genugtuung für die erlittenen Schäden und Garantie gegen eine Wiederholung des Angriffes von 1914.

Der amerikanische Senat und die Botschaft Wilsons.

Der „Herald" meldet aus Neuyork: In Erwartung einer Stellungnahme der Mittelmächte auf die Wilsonschen Friedensvorschläge vertagte der Senat am Montag die Weiterberatung der Botschaft des Präsidenten auf den 28. Januar.

Frankreich will zu Ende kommen.

Der Mailänder „Secolo meldet aus Paris: Die bevorstehenden Frühjahrskämpfe werden auch in Frankreich allgemein als Entscheidungskämpfe betrachtet. Masseneinberufungen sind erfolgt, mehr als 400000 Franzosen aus Industrien und den Kriegsbetrieben sind eingezogen, fast alle Reklamationen sind aufgehoben worden. Clemenceau versicherte den Abgeordneten, daß Frankreich entschlossen sei, den Krieg unter allen Umständen jetzt zu Ende zu bringen.

•

Eine neue Rede Czernins.

Im Ausschuß der Oesterreichischen Delegation erwiderte gestern Minister des Aeußern Graf Czernin auf den von den sozialdemokratischen Rednern ihm gemachten Vorwurf, die Rede des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk nicht verhindert zu haben oder nicht gegen sie eingetreten zu sein. Der Minister erklärte: Das Verhältnis des von mir ungemein hochgeschätzten und als General ganz zweifellos hervorragenden Herrn zu mir läßt sich ungefähr so präzisieren, daß weder ich ihm noch er mir vorschreiben kann, was wir sprechen. Gegen seine Rede zu polemisieren, hätte ich völlig unrichtig gefunden, denn die ganze Rede entfesselte einen Sturm im Wasserglas. In Brest hat sich kein Mensch darüber aufgeregt, auch Herr Trotzki nicht, der darauf antwortete: Wenn Hoffmann sagt, daß Rußland von der Deutschen besetzt sei, so gebe er ihm darauf die Antwort, daß der Kaukasus und die Türkei von den Russen besetzt seien. Das eine sei des anderen wert. Delegierter Daszynski habe gesagt, niemand von uns wolle Frieden um jeden Preis. In diesem jetzigen sozialdemokratischen Standpunkt erblicke ich einen bedeutenden Fortschritt. Delegierter Ellenbogen nennt unter Hinweis auf die Stelle über Italien, Rumänien und Serbien meine Redeweise unklar. Ich gehe auf dieses Thema nicht weiter ein. Wer mich verstehen wollte, konnte mich verstehen. Was die internen Angelegenheiten Deutschlands anbelangt, so lehne ich eine Diskussion über dieses Thema ab. Ich mache nur auf einen großen Unterschied in der Kriegszielfrage aufmerksam, den ich bereits wiederholt hervorgehoben habe, und den die Herren immer wieder vergessen. Deutschland besteht nicht nur aus dem Deutschen Reiche auf dem europäischen Kontinent, sondern dazu gehören noch seine großen Kolonien, die zurückzubekommen es das Recht hat. Sie gehören zu seinem Besitzstand, und es ist selbstverständlich, daß es die Pfänder, die es besitzt, nicht aus der Hand geben kann, bevor es nicht die Garantien erhält, daß es seinen Besitzstand wieder bekommt. Darin ist Deutschland in einer anderen Lage als wir. Wir haben das Glück, überall, außer in einem Teil Ostgaliziens, auf feindlichem Boden zu stehen. Wir brauchen die Faustpfänder in dieser Hinsicht weniger dringend. Hinsichtlich seiner Antwort an Wilson erklärte Graf Czernin, er habe diese Rede nicht nur gehalten, damit sie der Ausschuß höre, sondern auch Wilson. Wilson hatte hiervon bereits zur selben Stunde Kenntnis, wo der Minister im Ausschuß sprach. (Beifall.)

•

Ueber die Rede des Grafen Czernin

sagt die Berliner „Deutsche Tagesztg.": Zwischen der Auffassung des deutschen Reichskanzlers und der des österreichisch-ungarischen Außenministers besteht eine unverhüllte tiefgehende Verschiedenheit, die in dem Augenblick zu scharfem Gegensatz geworden ist, wo Graf Czernin seine Uebereinstimmung mit dem größten Teile der Wilsonschen Vorschläge erklärt und österreichisch-amerikanische Sonderverhandlungen anbietet. Die „Tagesztg." ist erstaunt, daß Graf Czernin eine derartige Rede habe halten können, die im Grund nichts als eine starke Pression vor der ganzen Welt auf das Deutsche Reich bedeute.

Eine russisch-rumänische Schlacht.

Ein bulgarischer Bericht.

Die Bulgarische Telegraphen-Agentur erhielt aus Babadag, einer Stadt in der nördlichen Dobrudscha, folgende Depesche vom 23. Januar:

Die russisch-rumänischen Beziehungen sind äußerst